

Neues Abschiebengesetz kritisiert

Düsseldorf. Der Migrationsbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Manfred Rekowski, kritisiert die vom Bundestag verabschiedeten Verschärfungen im Asyl- und Abschieberecht. „Es ist nicht zu akzeptieren, dass Menschen, die zur Ausreise verpflichtet sind, nun in regulären Strafanstalten untergebracht werden sollen“, sagte Rekowski. Das widerspreche auch Urteilen des Europäischen Gerichtshofs. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland kritisierte auch die vorgesehenen Leistungskürzungen für Flüchtlinge, die nicht an der Klärung ihrer Identität mitwirken oder die bereits in einem anderen EU-Land anerkannt sind. Welche Auswirkungen diese Regelung für Betroffene und ihre Familien habe, „scheint die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker im Bundestag ebenso wenig bedacht zu haben wie die negativen Auswirkungen auf das Bemühen um eine erfolgreiche Integration“, sagte Rekowski. epd

Evangelische Zeitung (EZ) 24/2019

>> [“Geregelte-Rückkehr-Gesetz”](#)